

»Begräbnis für das Kyoto-Protokoll«

Die Weltklimakonferenz, fürchtet **Ottmar Edenhofer**, wird ohne Ergebnis bleiben. Dann müsste die Staatengemeinschaft neue Wege zum Klimaschutz einschlagen

Ottmar Edenhofer

Ökonom, 50

■ Chef-Volkswirt

Der gebürtige Bayer ist stellvertretender Direktor und Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

■ Umweltexperte

Darüber hinaus leitet Edenhofer die Arbeitsgruppe III des Weltklimarats IPCC und lehrt an der TU Berlin.

Bei der Weltklimakonferenz in Durban verhandeln die Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention eine Fortschreibung des Protokolls von Kyoto, in dem sich die Industriestaaten zur Minderung ihrer Treibhausgas-Emissionen verpflichten.

Welcher Ausgang der Konferenz ist denkbar?

Es sind drei Szenarien möglich. Das erste wäre das „Wunderszenario“. Das sähe so aus: Die Staaten beschließen eine weitere Vereinbarung, die dem Kyoto-Protokoll folgt; dieses läuft 2012 aus. Dabei könnte Europa mit eigenen Verpflichtungen als Beispiel dienen, andere Staaten müssten folgen. Alternativ könnte eine neue Vereinbarung verhandelt werden. Im dritten Szenario einigen sich die Staaten auf keine weitere Verpflichtungsperiode, was dem Begräbnis des Kyoto-Prozesses gleichkäme.

Wie würde die internationale Klimapolitik

nach einer solchen Beerdigung aussehen?

Sie sollte einen Doppelpfad verfolgen. Neben den weiter nötigen Bemühungen um ein globales Abkommen könnten einzelne Ländergruppen vorangehen, etwa die G 20. Ein erster Schritt wäre, die Subventionen für die fossilen Energieträger abzuschaffen. Mit dem gesparten Geld ließen sich Klimaschutztechnologien fördern, vor allem die erneuerbaren Energien. Daneben müssten Pilotanlagen für die Abscheidung von Kohlendioxid (CO₂) aus Kraftwerks- und Fabrikabgasen gebaut und Verfahren entwickelt werden, mit denen sich CO₂ aus der Luft entfernen lässt (siehe Seite 98).

Wir brauchen beide Technologien, weil wir derzeit die größte Kohle-Renaissance der Menschheitsgeschichte erleben. Unsere Daten zeigen, dass die CO₂-Emissionen beschleunigt steigen. Wir werden ambitionierte Klimaziele nur erreichen, wenn wir das CO₂ künftig wieder aus der Luft holen können. Weiter ist denkbar, den Handel mit CO₂-Emissionsrechten auszuweiten, etwa auf Australien und China. Er ist derzeit auf die EU beschränkt. Die aktuelle Finanzkrise könnte hierbei helfen, denn die Staaten brauchen dringend neue Einnahmen.

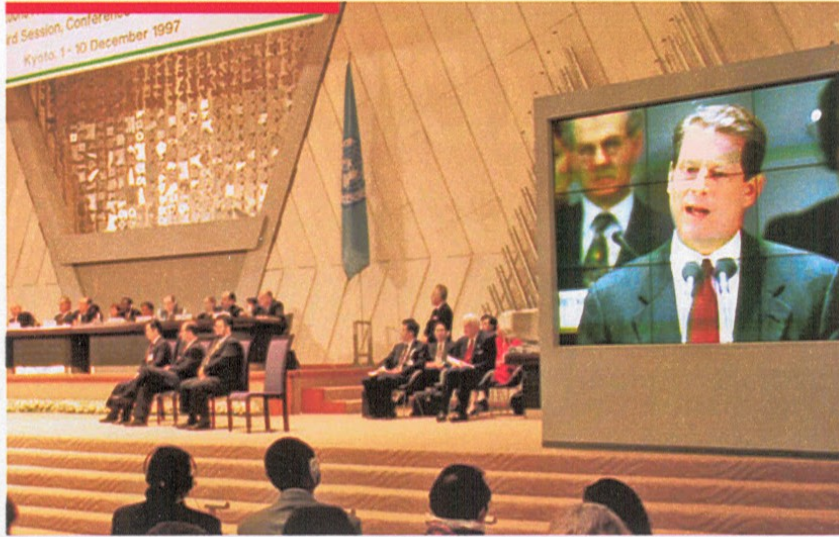
Dies erfordert den Aufbau einer neuen industriellen Infrastruktur. Wie könnte die finanziert werden?

Beispielsweise durch den Green Climate Fund. In diesen Fonds sollen ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar fließen. Davon ließen sich emissionsarme Technologien insbesondere in Afrika finanzieren, ebenso der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Manche Experten erwarten, dass das Kyoto-Protokoll in Durban tatsächlich beerdigt wird und die Staaten künftig eigene Klimaschutzziele festlegen. Wäre das für Sie akzeptabel?

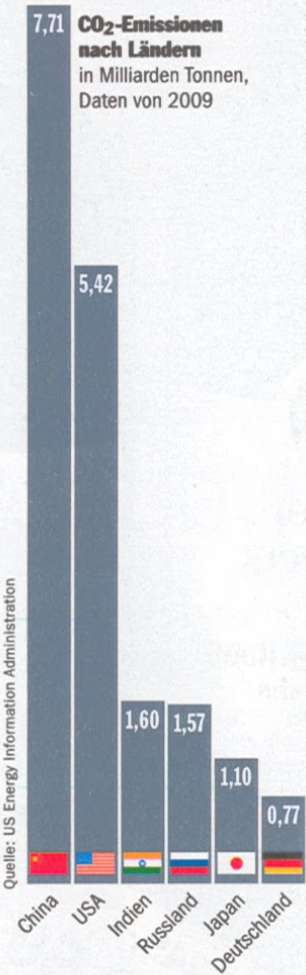
Damit würde die Weltgemeinschaft den Klimabelag herumreichen, in den jeder nach ▶





Durchbruch in Kyoto Ende 1997 vereinbarten die Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention in der japanischen Stadt verbindliche Zielwerte zur Absenkung der Treibhausgas-Emissionen der Industriestaaten. Für die USA sprach der damalige Vizepräsident Al Gore (auf dem Monitor). Das Protokoll trat 2005 in Kraft und endet 2012

Größte Emittenten



Rangliste der Klimasünder
Größter Emittent ist China. 2009 gelangten global 30,4 Milliarden Tonnen des Treibhausgases in die Luft

Belieben etwas hineinlegt. Das wäre Teil des Begräbnisszenarios, von ambitionierten Zielen würden wir uns weit entfernen. Dann brauchen wir aber einen zweiten Pfad, denn die Selbstverpflichtungen wären zunächst nur Ankündigungen, die keine neue Dynamik in die Klimapolitik bringen.

Einige Politiker fordern, die EU solle in Durban vorangehen und ihr Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken, auf minus 30 Prozent anheben. Könnte dies den Kyoto-Prozess retten?

Dass Europa noch mehr Vorleistungen erbringt, scheint mir nicht das Wichtigste zu sein. Zwar kann die EU so zeigen, dass sich die Zunahme der Emissionen und das Wirtschaftswachstum entkoppeln lassen. Aber wenn dies nicht in ein neues Abkommen mündet, könnten sich die Emissionen verlagern, weil CO₂-intensive Industrien ins außereuropäische Ausland gehen. China ist nach wie vor der größte Nettoexporteur von CO₂-Emissionen nach Europa, weil das Land zur Werkbank der Welt wurde. Deshalb genügt es nicht, allein mit gutem Beispiel voranzugehen. Zumindest einige andere große Wirtschaftsmächte müssten mitziehen.

In Deutschland und einigen anderen Ländern gewinnt der Ausbau der erneuerbaren Energien an Fahrt, unter anderem weil sich viele Bürger engagieren. Könnte dies auch international zum Selbstläufer werden, sodass ein neues Klimaschutz-Abkommen überflüssig wird?

Darauf könnten wir zwar hoffen, es erscheint mir aber unrealistisch. Laut einem Bericht des Weltklimarats IPCC liegt der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch weltweit im Augenblick bei 12,9 Prozent. Davon sind 10,2 Prozent traditionelle Biomasse, also etwa Feuerholz. Den Rest steuern im Wesentlichen fossile Energieträger bei, die Kernkraft ist mit zwei Prozent dabei.

Moderne Erneuerbare-Energie-Technologien wie Windkraft- oder Solaranlagen erreichen derzeit nur einen verschwindend geringen Anteil. Außerdem genügt es für eine erfolgreiche Klimapolitik nicht, nur die Erneuerbaren zu fördern. Denn wenn ihr Anteil steigt und sie billiger werden, sinkt die Nachfrage nach fossilen Energieträgern, was wiederum deren Preise senkt. Wir müssen also den Verbrauch an Kohle, Öl und Gas deckeln, sodass wir noch maximal 750 Milliarden Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen. Nur dann bleiben die Folgen der globalen Erwärmung noch einigermaßen beherrschbar. CO₂ muss über kurz oder lang einen Preis bekommen, erst dann werden die Erneuerbaren ausreichend rentabel. Das wird zwar auch ohne solche Maßnahmen kommen, doch es könnte zu lange dauern, um die Klimaschutzziele noch zu erreichen.

Einige Ökonomen haben ausgerechnet, welche wirtschaftlichen Schäden eine ungebremste globale Erwärmung weltweit anrichten kann. Spielt dies im derzeitigen Klimapoker überhaupt noch eine Rolle?

Durchaus, aber die großen Schäden liegen in der Zukunft, die Vermeidungskosten hingegen fallen jetzt an. China etwa ist sich der Folgen des Klimawandels bewusst. Aber noch gibt die Politik dort dem Ziel Priorität, weitere 400 bis 500 Millionen Menschen in die Mittelschicht zu katapultieren, deshalb strebt das Land hohe Wirtschaftswachstumsraten an. Die Gewichtung gegenüber künftigen Klimaschäden ist eine Frage der politischen Weitsicht.

Seit Kurzem ist Schiefergas als billige und reichlich sprudelnde Energiequelle im Spiel. Gas ist weit weniger klimawirksam als Kohle. Werden die Karten in den Klimaverhandlungen dadurch neu gemischt?

Der globale Energiebedarf steigt, ihn mit Gaskraftwerken zu decken ist besser als mit Kohle. Neben Schiefergas kommt dafür auch verflüssigtes Erdgas in Betracht. Beides sind sinnvolle Optionen, doch im Hinblick auf Schiefergas bin ich etwas skeptisch, denn bei der Gewinnung drohen große Umweltschäden. Wir dürfen uns aber nicht nur auf Erdgas fokussieren, sondern sollten die Möglichkeit nutzen, mittels Wind- und Solarstrom Wasserstoff zu erzeugen und in Methan umzuwandeln. Das ließe sich im Gasnetz speichern. Wir können dabei die gesamte bereits vorhandene Infrastruktur nutzen. Dies erscheint mir als der sinnvollere Weg.

Sie sind international gut vernetzt. Welche Signale empfangen Sie für die Konferenz in Durban?

Die Signale deuten leider auf das Begräbnisszenario hin. Deshalb müssen wir über neue Wege in der Klimapolitik nachdenken. ■

INTERVIEW: MICHAEL ODENWALD

Foto: AP